SITZUNGSVORLAGE

Referat:	Referat 5 - Kulturreferat	Datum:	30.10.2023
Referent/in:	Referatsleitung	AZ:	

Gremium	Termin	Zuständigkeit / Öffentlichkeitsstatus
Kulturausschuss	23.11.2023	Kenntnisnahme öffentlich

TOP: 4

Thema: Antrag der Partei "Bündnis 90/Die Grünen" zu "Lebensborn Ansbach"

1. Anlagen
Antrag GRÜNE zu Lebensborn

2. Beteiligte Referate
Stabsstelle 015 - Gesundheit

3. Kosten – Finanzierung

4. Beschlussvorschlag

Der Bericht dient der Kenntnisnahme.

Stellungnahme zum Antrag „Lebensborn Ansbach“

Im Juli 1944 eröffnete der Lebensborn die zwei Kinderheime „Franken I“ und „Franken II“ am Bocksberg in Schalkhausen (Stadt Ansbach) sowie in zwei Gebäuden der Heil- und Pflegeanstalt Ansbach. Ansbach spielt hier eine zentrale Rolle, immerhin gab es in Bayern nur drei solcher Heime, zwei davon in Ansbach.
Es gibt Akten im Stadtarchiv Ansbach und vermutlich auch an übergeordneter Stelle (Bundesarchiv, Hauptstaatsarchiv München), die man dazu einsehen müsste, insofern ist das ein eigener Forschungsauftrag.
Diana Fitz hat in der Publikation „Ansbach unterm Hakenkreuz“ (dort Schwerpunkt zum Lebensborn 1 in Schalkhausen) grob das Geschehen dokumentiert.
Einiges findet sich im Netz im „Historischen Lexikon Bayern“: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Lebensborn#Aufnahme.2C_Heimbetrieb_und_Vormundschaft
In den Studien der wiss. Mitareiterin in der Bezirksheimatpflege, Frau Katrin Kasparek M.A., taucht das Thema nicht auf, zumal die Organisation über die SS lief und keine organisatorische Überschneidungen mit der Leitung der Heil- und Pflegeanstalt bestand.

In einem ersten Schritt müsste man prüfen, wie die Aktenlage ist (Anfragen an diverse Archive), um den Aufwand abzuschätzen.
Da es sich um einen Forschungsauftrag handelt, muss dieser aufgrund der bereits vom Kulturausschuss abgesegneten Zeitplanung der NS-Forschungsstelle in der Bezirksheimatpflege (Frau Kasparek) sowie den Arbeiten für den geplanten Gedenk- und Zukunftsort Hupfla in Erlangen verschoben werden.
Ggf. kann man ein Sonderprojekt auflegen, für das ein zusätzlicher Projektmitarbeiter befristet eingestellt werden müsste. Da das Thema aber eher andere Institutionen betrifft, empfiehlt die Bezirksheimatpflege, das Thema etwas später zu behandeln und dafür mit anderen Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten.